

„ABM entspricht nicht der Marktwirtschaft“

„Die Ämter müssen doch endlich begreifen, welches Gewicht Handwerk und Mittelstand haben!“ Auf der Quartalsversammlung des Wirtschaftsfördervereins „Oder-Spree“ e. V. entbrannten heiße Diskussionen zu drängenden Problemen der Wirtschaftsförderung in der Region Beeskow. Vertretern des Handwerks, des Handels und der Einzelgewerbetreibenden ging es dabei vor allem um die Schaffung eines Wirtschaftsbeirates beim Landratsamt Beeskow. Zweck eines solchen Beirates soll es sein, stärker bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Territorium mitwirken, schon auf Planungsprozesse Einfluß üben zu können. An die Adressen des Bauamtsleiters und einiger Dezernenten ging harte Kritik: „Wenn sich diese Leute nicht weiterbilden und sich für die Wirtschaft wichtige Gesetze und Regelungen anlesen, dann kommen wir in dieser Region nicht weiter“, so ein Vertreter der mittelständischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang kritisierten die Gewerbetreibenden den Einsatz von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). ABM-Kräfte führten Arbeiten aus, die von heimischen Unternehmen fachgerechter gemacht würden. „Mir gehen doch Aufträge verloren. Wie soll sich denn mein Betrieb da entwickeln?“ gab ein Handwerksmeister aus Beeskow zu bedenken. Der Sinn, den ABM so gegenwärtig haben, wurde in Frage gestellt, nicht aber die ABM selbst. Denn „die Menschen brauchen eine Perspektive“. Zur Zeit fehle ABM-Kräften jedoch die Motivation, da sie häufig „mehr verdienen als Angestellte in Betrieben“. Ein richtiges

Arbeits-Leistungs-Verhältnis gebe es daher nur selten. Diese Art von ABM widerspreche völlig den Mechanismen der Marktwirtschaft. Auch hier Kritik an Kommunalpolitikern. Sie hätten offensichtlich vergessen, daß es um die Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht von ABM geht. Ein neuer Arbeitsplatz sei besser als zwei ABM. Denn ein Arbeitsplatz bedeute gleichzeitig einen Steuerzahler. Deshalb sollten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr als Angebot zur Qualifizierung und Umschulung genutzt werden. Auch hier sollte der geforderte Wirtschaftsbeirat Einfluß nehmen, waren sich die Gewerbetreibenden einig. Die Vorstellung der Landesregierung Brandenburg, daß mittelständische Betriebe durch Beschäftigung von ABM-Kräften zusätzliche Aufträge erhalten und dadurch das Unternehmen mehr auslasten, wurde nicht begrüßt, da zum Beispiel die Anzahl der Kurzarbeiter in Baubetrieben hoch genug, also die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte unnötig sei. Deshalb wurde der Vorschlag unterbreitet, kleine Beschäftigungsgesellschaften mit der Orientierung zu gründen, diese an den Markt heranzuführen und nach einer bestimmten Zeit, etwa nach zwei Jahren, eigenständig wirtschaften zu lassen. Betätigungsfelder in den Kommunen gebe es genug. Hierzu sei es aber nötig, daß Wirtschaft und Politik eng zusammenarbeiten. Wichtige Voraussetzung sei es daher, mit „reiner Fachkompetenz“ dort Einfluß auszuüben, wo politische Entscheidungen getroffen werden.

ANDRÉ VOLPRICH